

Volkstimme

Einzelpreis 30 Millionen

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Pauli, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitzsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprecher: Anruf 1111; für Inserate Nr. 1587; für die Redaktion Nr. 1794; für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Woche vom 15. bis 21. Oktober 125 Millionen Mark, Abolot 122 Millionen Mark.

Angeligen-Grundpreise: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile beträgt 84 M., auswärts 108 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 42 M.; Vereinstalender 96 M.; die dreispaltige, 10 Millimeter breite Kettamezeile beträgt 420 M.; auswärts 540 M.; Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereins der Deutschn. Zeitungsverleger, ab 14. Okt. 800 000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorchriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 240.

Magdeburg, Sonntag den 14. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

Die zweite Arbeiterregierung.

Die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten über die Bildung der Thüringer Regierung sind so weit gediehen, daß nur noch die Verteilung der Ministerien vorzunehmen ist. Die Verhandlungskommissionen haben sich auf folgendes Programm für die Tätigkeit der neuen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung geeinigt:

1. Das Land Thüringen als ein Gliedstaat der deutschen Republik, an deren Einheit unter allen Umständen festzuhalten ist, hat durch seine Regierung im Rahmen der verfassungsmöglichen Möglichkeiten eine Politik zu treiben und im Reich auf eine Politik hinzutreiben, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung dient. Grundlage der proletarischen Politik muß die Stärkung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und der entschiedenste Kampf gegen den Faschismus, die Revanchepolitik der Reaktion, und die verfassungswidrige Militärdiktatur sein.

2. Die gegenwärtige politische Situation wird durch einen Vorstoß der Reaktion beherrscht, der bereits in Bayern zur Aufhebung einer reaktionären monarchistischen Diktatur geführt hat. Dieses brutale Gewaltregiment, Besatzungszustand und Militärdiktatur im Reich, nach Angabe der Reichsregierung gegen die Diktatur im Reich durchgeführt, richtet sich ausschließlich gegen das werktätige Volk. Aufgabe der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Thüringens ist die enge Verbindung mit der sächsischen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung, die Maßnahmen der beiden Parteien zur Abwehr der Reaktion und der Militärdiktatur zu unterstützen.

3. Es ist notwendig, das Ruhrgebiet, das Herz der deutschen Wirtschaft, der Gesamtwirtschaft wiederherzustellen. Um das zu erreichen, ist unter Aufrechterhaltung der Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes und der nationalen Einheit die Liquidierung des Ruhrkampfes durch erträgliche Reparationen auf Kosten der bestehenden Klasse durchzuführen. Der erste und ausschlaggebende Schritt hierfür ist die Erfassung der Sachwerte durch das Reich. Weiter ist die Schaffung eines Außenhandelsmonopols nach russischem Muster notwendig. Die gesamte Produktion im Reich, vor allem die Schmelze, Erze usw. sind unter staatliche Kontrolle zu stellen. Zu diesem Zweck ist der Ausbau des Betriebsrätegesetzes zu erstreben. Solange die Sachwertverfassung durch das Reich nicht durchgeführt ist, ist die Verschärfung der Reichsteuern und die Aufhebung aller den Massenverbrauch und die kleinen Einkommen belastenden Steuern durchzuführen.

4. Gegen alle Pläne, gestützt auf Bayern und die Militärdiktatur, den Ruhrkonflikt auf Kosten des werktätigen Volkes zu liquidieren, ist der schärfste Kampf zu führen. Jeder Anschlag auf den Achtstundentag und die sozialen Rechte der werktätigen Massen, Aufhebung der Gewerkschaftenunterstützung, der Demobilisierungsvorordnungen wird von der thüringischen Regierung gemeinsam mit dem gesamten Proletariat abgewehrt werden.

5. Beide Parteien verpflichten sich, die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Thüringens mit allen Kräften zu kräftigen und zu erhalten. Entgegen dem Bestreben der Reaktion, verfassungswidrig eine Rechtsdiktatur im Reich zu schaffen, muß die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Thüringens alle Kräfte unterstützen, die in Thüringen die Bildung einer Arbeiterregierung für das Reich zu verwirklichen suchen.

6. Beide Parteien verpflichten sich, zum Schutze der Verfassung republikanische Arbeiter-Notwehren zu schaffen bzw. auszubauen. In den Bezirken und in den Unterbezirken sind sofort gemeinsame Leitungen der republikanischen Notwehren zu bilden. Die republikanischen Notwehren sind der gemeinsamen Regierung im Falle der Gefahr zur Verfügung zu stellen.

7. Die gesamten polizeilichen Organe innerhalb des Landes sind zu verstaatlichen und unter die Leitung zuverlässig republikanischer Beamten zu stellen.

8. Erlasse und Verordnungen zum Schutze der Republik, Bekämpfung der nationalistischen Geheimorganisationen unter Zuhilfenahme der staatlichen Exekutivorgane.

9. Behördliche Anerkennung der auf Vorschlag der Gewerkschaften, Kleinhandelsorganisationen und Bauernorganisationen nach dem sächsischen Muster zu bildenden Kontrollausschüsse in den Kreisen und allen größeren Gemeinden. Die Kreis- und Gemeindebehörden haben die Lebensmittelversorgung und -verteilung zu regeln und den Kampf gegen den Wucher in Verbindung mit den Kontrollausschüssen zu führen.

10. Zur Sicherung der Ernährung und zur Beseitigung des Rentner- und Erwerbslosenselends sind sofort Schritte einzuleiten. Zur schnellen Erleichterung der bestehenden Schwierigkeiten soll der Staat Bürgschaft für die Finanzierung der Ernährungswirtschaft übernehmen. Reichs- und Staatsbank die hierzu notwendigen Kredite bereitzustellen oder vermitteln. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer zur vollen Aufrechterhaltung ihrer Betriebe anzuhalten. Unter anderem ist den Unternehmungen, deren finanzieller Stand unter Hinzuziehung der Betriebsräte sorgfältig zu prüfen ist, werbefähige Kredite gegen Verpfändung von Sachwerten zu geben. Verstärkte Ausführung aller öffentlichen Arbeiten unter Hinzuziehung der produktiven Erwerbslosen für Sorge.

11. Die Schulreform ist im Sinne der Erziehungsschule faktischzuführen und die Berufsschulen sind auszubauen.

12. Niederzuschlagen von Verfahren aus politischen Anlässen, zum Schutze der Republik unter Verfassungsmäßigem

Zustände, weitgehendste Ausübung des Begräbnisrechts für Notdelikte und Verstöße gegen die §§ 218 bis 220 des Reichsstrafgesetzbuchs.

13. Engstes Zusammenarbeiten der Regierung, der Arbeiterorganisationen, der Kampforganisationen der Arbeiter aller Länder mit Arbeitermehrheiten bei gemeinsamen Angelegenheiten zum Schutze der Republik, insbesondere im Kampfe gegen die Reaktion und die Militärdiktatur.

14. Zwecks wirksamer Durchführung vorstehender Maßnahmen wird ein außerparlamentarischer Ausschuss gebildet aus je drei Vertretern der beiden Parteien, je zwei von den beiden Parteien zu bestimmenden Vertretern aus den Industriebetrieben und je einem Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes und des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes.

15. Die Landtagsfraktionen der Vereinigten sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei bilden einen parlamentarischen Arbeitsausschuss. Diesem Ausschuss werden in Verbindung mit dem Landesauschuss alle Entwürfe vor ihrer Einbringung im Parlament vorgelegt. Anfragen und Interpellationen sind dem parlamentarischen Ausschuss ebenfalls vor ihrer Einbringung vorzulegen.

16. Der parlamentarische Arbeitsausschuss stellt für jeden Tagungsabschnitt einen gemeinsamen Arbeitsplan für die Fraktionen auf. Periodisch finden gemeinsame Fraktionsitzungen statt.

Der Thüringische Landtag wird am nächsten Dienstag zusammenzutreten. Dann werden die Kommunisten dort wie in Sachsen nach Anerkennung der demokratischen Landes- und Reichsverfassungen auf Grund des vorstehenden Programms aus der Opposition heraustreten und mit der positiven Arbeit beginnen.

Im Reich dagegen und im Preussischen Landtag verharren sie trotz der mitteldeutschen Wendung bei ihrer starren und lärmenden Opposition und Obstruktion. Im Reichstag werden sie heute bei Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes Arm in Arm mit den Völkischen und deutschnationalen Putzschichten jede positive Arbeit zu vereiteln suchen und das Ihre tun, um der Reaktion in den Sattel zu helfen.

Daraus geht hervor, daß in den kommunistischen Reihen noch beträchtliche Konfusion herrscht. Aber wir nehmen die Rückkehr der sächsischen und thüringischen Kommunisten auf den Boden der Demokratie und zur schaffenden Arbeit als günstiges Vorzeichen für eine Wandlung, die sich hoffentlich bald allgemein in ihrer bisher recht verworrenen Partei durchsetzen wird.

Die Not verdrängt schließlich alle Illusionen und zwingt die Darbenden auf den Boden der Wirklichkeit, die rauh ist, die aber gemeistert werden muß, wenn wir zu bessern Verhältnissen kommen wollen.

Eine Programmrede.

Die mit Spannung erwartete Sitzung des Sächsischen Landtags, in der die Programmklärung der neuen sozialistisch-kommunistischen Koalitionsregierung Sachsens abgegeben wurde, fand um die Mittagsstunde des Freitag statt. Als Auftakt machte der Kommunist Siebers Mitteilungen, die, wenn sie zutreffen, ein Beweiskörper sind, daß auch im roten Sachsen die Reaktion rührig ist und ihr Haupt dreifach erhebt. Beim Reichswehrregiment 11 in Leipzig sollen nach seiner Behauptung 1000 „schwarze“ Reichswehrsoldaten bereits eingekleidet worden sein und weitere 1500 Mann noch eingekleidet werden, um angeblich nach Aue und Dresden geschickt zu werden.

Ministerpräsident Genosse Zeigner gab in seiner Regierungserklärung zunächst bekannt, daß die in die Regierung eingetretenen Kommunisten bereits den Eid auf die Verfassung geleistet haben. Die neue Regierung sei eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung gegenüber der Bedrohung der werktätigen Schichten des deutschen Volkes durch die Reaktion. Gätten doch Rohr und Westarp gemeinsam die Lösung ausgegeben: Nieder mit dem Marxismus!, und damit nicht nur der sozialistischen Arbeiterschaft, sondern allen proletarischen und republikanischen Schichten den Kampf angelegt. Das Großkapital in Industrie, Finanz- und Landwirtschaft sei zur Offensive übergegangen und habe zunächst Laufende von Arbeitern und Angestellten auf die Straße geworfen, um sie durch eine rabidale Hungerkur willfährig zu machen gegenüber dem unternehmenern Ausbeutungsfeldzug.

Scharf beurteilte Zeigner das Gebaren der rheinischen Schwerindustriellen, die gleichzeitig von sich aus selbstberühmlich den Achtstundentag diktieren und mit französischen

Generalen feilschen, um, gestützt auf deren Bajonette, den deutschen Arbeitern und der deutschen Sozialgesetzgebung zu Leibe zu rücken. Im Auftrag der neuen Regierung erklärte er demgegenüber, daß sie sich jederzeit als die Regierung der gesamten werktätigen Bevölkerung fühlen und betätigen werde; ihre Sorge solle den Kernschichten der Armen und all den proletarischen Schichten gelten, die des staatlichen Schutzes bedürfen, um nicht rettungslos zugrunde zu gehen. Gestützt auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten, auf die Kleinbauern und verfallenden Mittelschichten wolle das Kabinett die Gefahr einer drohenden großkapitalistischen Militärdiktatur bannen. Dazu müßte die Bevölkerung selbst einig sein in der entschlossenen Abwehr aller Diktaturgelüste.

Als innerpolitisches Programm kündigte der Ministerpräsident die energische Säuberung des Verwaltungsbapparats von jenen Elementen an, die offen oder versteckt einer Diktatur des Großkapitals Vorschub leisten. Die Organisation der proletarischen Schichten werde die Regierung mit allen Kräften fördern. Bei der Reichsregierung werde die neue Regierung mit aller Energie für die Erfassung der Sachwerte und Devisen, für Produktionskontrolle und Erhaltung des Achtstundentags eintreten. Sie werde sich dafür einsetzen, daß die Rechte der Arbeiter, vor allem der Betriebsräte und Gewerkschaften, nicht nur geschützt, sondern auch erweitert würden.

Innerhalb des eignen Machtbereichs will die Regierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen unberechtigte Betriebsstillegungen einschreiten. Bei der Reichsregierung soll nachdrücklich auf ausreichende Unterstützung der arbeitslosen Kopparbeiter und zeitgemäße Erhöhungen der Sozialbezüge hingewirkt werden. Zur Besserung der Lebensmittelversorgung im kommenden Winter will die Regierung den Versuch machen, aus andern Ländern Brotgetreide und Kartoffeln zu beschaffen.

Mit einem Appell an das sächsische Volk zur Sammlung und Abwehr schloß der Ministerpräsident seine temperamentvollen Ausführungen. Kaum war der Beifall verklungen, da waren die Deutschnationalen als Führer der bürgerlichen Opposition schon mit einem Mißtrauensantrag zur Stelle: „Die Regierung Zeigner hat nicht das Vertrauen des Landtags.“ Darüber wird jedoch erst in der kommenden Woche die Entscheidung fallen. Die Verprechung der Regierungserklärung und des Mißtrauensantrags wurde auf Dienstag vertagt.

Hü und hott.

Das Dresdner kommunistische „Volkblatt“, das von Sonnabend an wieder auf 14 Tage verboten ist, spricht in seiner Freitagausgabe der neuen Regierung Zeigner das bedingungslose Vertrauen aus, indem es schreibt: „Die sächsische Arbeiterschaft und mit ihr das gesamte deutsche Proletariat wird jeden Angriff auf die Regierung der proletarischen Verteidigung in geschlossener Front rücksichtslos niederschlagen.“

Leider haben aber die Kommunisten den Übergang von ihrer bisherigen ungehemmten Oppositionsstellung zur positiven Mitarbeit als Regierungspartei noch nicht ganz gefunden. Wieviel die kommunistischen Minister noch zu lernen haben, ersieht man aus der Äußerung eines neuen Ministers Pressevertretern gegenüber: „Gradnauer wird in einigen Tagen verschwinden.“ Mit dem Gesamtkabinett hat sich der neue Ministerkollektive über diese Frage sicher nicht unterhalten, denn von amtlicher Seite wird erklärt, daß die sächsische Regierung nicht daran denke, den sächsischen Gesandten in Berlin, Genossen Gradnauer, seines Postens zu entheben.

Als verfehlt muß es auch bezeichnet werden, wenn das kommunistische Organ als Sinn des Eintritts der Kommunisten in die Regierung die Absicht hinstellt, einer „Weg zur Diktatur der Not“ zu propagieren. Ein solches Bekenntnis in einem Blatt einer Regierungspartei liefert lediglich der reaktionären Presse Material zu verstärkter Gehe gegen Sachsen und seine Regierung.

Die kommunistischen Minister müssen sich vielmehr rücksichtslos in die Front der Arbeiterregierung einfügen. Mit Hü heute und Gott morgen kann man nicht regieren.

Entscheidende Stunden.

Der Dollar, den die Berliner Börse noch am 8. Oktober durchschnittlich mit 840 000 000 Mark notierte, wurde in der Mitte der Woche bereits mit 8 Milliarden im Preisverfall gehandelt. Wenn die Regierung auch durch Interventionen den Kurs ganz erheblich drücken konnte, so bedeutet die Steigerung von mehr als 500 Prozent doch die stärkste Kauflust, die wir jemals auf dem Devisenmarkt erlebt haben.

Die Auswirkungen sind katastrophal. Preise und die Indices haben eine Verbilligung erfahren. Noch schrecklicher wird unsere Finanz- und Währungsmissere aber durch den Stand der schwebenden Schuld beleuchtet, deren tägliche Zunahme auf mehr als 10 000 Billionen geschätzt wird.

Der Marktverfall verschärft selbstverständlich die nun schon seit zwei Monaten wütende

Abfahrtsreise.

Die Saisonindustrien, z. B. die Konfektionsbranche, die sonst vor Eintritt des Winters immer stark beschäftigt waren und den Bedarf kaum befriedigen konnten, liegen still und haben zahlreiche Entlassungen vorgenommen. Besonders schlimm hat sich die Lage des Arbeitsmarkts in der westdeutschen Stahl- und Eisenindustrie gestaltet. Die nordwestliche Gruppe der Schmelzindustrie hat in Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund usw. eine Einschränkung der Arbeitszeit auf 30 Stunden in der Woche vorgenommen. Die verschärfte Krise hindert und verzögert die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet. Neue Gefahrenherde sind in industriellen Westeuropa auch durch die beispiellose Verknappung und Verteuerung der Lebensmittel geschaffen worden. In Solingen und in Köln, wo der Einzelhandel zu Goldpreisen übergegangen ist und in acht- undvierzig Stunden den Multiplikator von 180 Millionen auf 1,8 Milliarden erhöhte, ist es zu Leunungsunruhen gekommen, die als Ausbruch der allgemeinen Verzweiflung anzuspreden sind.

Diese kurz skizzierte bedrohliche Entwicklung ist die beste Begründung für die energiegeliche Aktion der Regierung, die das neue Geld schaffen,

die Preise regulieren und die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen soll. Es handelt sich um ein großartigstes Wirtschaftsprogramm, das konsequent durchgeführt werden muß, wenn das Reich nicht mit der Wirtschaft aus den Fugen gehen soll. Die Regierung darf sich natürlich in ihren wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht durch die Verächtlichkeit besonderer Standesinteressen beirren lassen. Die Rettung des Reiches und die Sanierung der ganzen deutschen Wirtschaft bedeutet die Rettung des einzelnen und jedes einzelnen Berufs.

Das Kernstück der Maßnahmen der Regierung ist die Errichtung der neuen Notenbank.

Gegen den Regierungsentwurf, den der gegenwärtige Reichsfinanzminister übernommen hat, sind viele Bedenken vorgebracht worden. Auch fehlt es nicht an neuen Vorschlägen. So befürworten u. a. die Großbanken in den letzten Tagen die Goldnotenbank. Sie wäre der Währungsbank ohne weiteres vorzuziehen, wenn die Regierung die 5 Milliarden, auf die man den deutschen Devisenbestand im In- und Ausland schätzt, zu einem erheblichen Teil erfassen könnte. Das ist unmöglich und damit auch die sofortige Einführung der Goldnote. Für die Währungsbank spricht vor allem die Möglichkeit einer schnellen Einrichtung. Wenn Garantien gegeben werden, daß sie nur für eine kurzfristige Uebergangszeit das Notenprivileg ausübt und durch ihre Tätigkeit die Golddevisenprägung auch wirklich vorbereitet, kann man sich u. E. mit ihr noch abfinden, da gerade augenblicklich auf währungsrechtlichem Gebiet schnelle Hilfe doppelte Hilfe bedeutet.

Schnelle Hilfe ist aber dringend geboten, weil die deutsche Landwirtschaft hartnäckig

mit der Ernte zurückhält

und die von der Regierung beabsichtigte Preisregulierung nur mit Hilfe einer Restriktion auf Grund einer festen Währung durchzuführen ist. Nur so kann sie den Kampf gegen das Preismonopol der deutschen Trust- und Preisstabelle mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen. Ihr Ziel ist die baldige Verbilligung der Rohstoffe, besonders der Kohle, von der die Tendenz der deutschen Preisbildung abhängt. Wenn durch Zurückführung der deutschen Preise auf ein normales Maß eine Lösung der Weltmarktkrise erfolgen soll, so ist die Verbilligung der Kohle eben Vorbedingung. In diesem Sinne muß die Kohlensteuer betrachtet werden, die ein rechtes Kind der Inflationsperiode, einen Sinn hatte, als die deutschen Kohlenpreise unter Weltmarktpreis lagen. Heute haben sich die Verhältnisse aber gründlich geändert, so daß die Kohlensteuer preissteigernd wirkt und durchaus unwirtschaftlich geworden ist. Ihr Wegfall wird allerdings im Budget empfindliche Lücken/reißen, jedoch ist dem Staat die gegenwärtig riesigen Summen für die Arbeitslosenunterstützung auswirft, am meisten durch ihre Aufhebung gestützt, wenn sie die Kohlenpreise unmittelbar erheblich senkt und die Betriebe wieder flott macht.

Die deutsche Wirtschaft durchlebt entscheidende Stunden.

Das Kabinett schlägt die Schlacht um die Zukunft der Republik auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Widerstände, die sie bei den Trägern der privatrechtlichen Wirtschaft findet, hat der Fall Stinnes deutlich aufgezeigt. Es gilt, diesen Widerstand zu bezwingen, oder alles ist verloren.

Der Achtstundentag im Kabinett.

Am Freitag abend hat sich das Reichskabinett mit den Maßnahmen beschäftigt, die alsbald nach Beendigung der Sonnabend-Reichstagsitzung zu ergreifen sind. Es handelt sich um eine Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Verordnungen, die entweder auf Grund der Vollmachten, die das Ermächtigungsgesetz gewährt, erlassen werden sollen, oder als Notverordnungen nach Artikel 48 der Reichsverfassung. Die Verordnungen sind vorbereitet und durchberaten.

Am Samstag vormittag ist vor der Reichstagsitzung das Reichskabinett noch einmal zusammengetreten, um sich mit dem Entwurf des Arbeitszeitgesetzes zu beschäftigen. Der Reichstag soll, wenn er das Ermächtigungsgesetz annimmt, alsbald den Entwurf des Arbeitszeitgesetzes vorgelegt erhalten.

Um die gesetzgeberische Vorbereitung dieses Entwurfs nach Möglichkeit zu beschleunigen, ist für Sonnabend nachmittag eine Vollversammlung des Reichsrats einberufen, ohne daß eine genaue Zeitangabe gemacht ist. Es heißt vielmehr einfach, das Plenum des Reichsrats werde „in unmittelbarem Anschluß an die Reichstagsitzung“ sich versammeln.

Ermäßigung der Kohlenpreise.

Nachdem das Reichskabinett im Interesse der allgemeinen Wirtschaftslage und im Rahmen der gegen den Währungsverfall sonst geplanten Maßnahmen die Beseitigung der Kohlensteuer beschlossen hat, befaßten sich die Organe der Kohlenwirtschaft mit der Kohlenpreisklage.

Um die Bestrebungen des Kabinetts zu unterstützen, wurde beschlossen, die Kohlenpreise nicht nur um den Betrag der Kohlensteuer zu kürzen, sondern darüber hinaus eine Ermäßigung der Netto-Kohlenpreise um 10 bis 15 Prozent vorzunehmen. Die jetzt geltenden Verkaufspreise der Gruben in Goldmark werden durch diesen Beschluß in Verbindung mit dem Wegfall der Kohlensteuer mit Wirkung vom 15. d. M. für die wichtigsten Reviere

um etwa 30 bis 35 Prozent herabgesetzt, z. B. für Ruhrkohle von 29,36 auf 24,92, für oberhessische Steinkohle von 29,36 auf 19, für rheinische Braunkohlenbriketts von 24,66 auf 15,15, für Sachsen von 35,30 auf 23,40 Goldmark je Tonne.

Bei diesen Beschlüssen ging man von der Erwartung aus, daß jetzt unberührt und wertbeständige Zahlungsmittel geschaffen werden und daß die Regierung ihren preislenkenden Einfluß auf alle übrigen Wirtschaftsbereiche ausüben, damit die durch die Beseitigung der Kohlensteuer vom Reichsstaats sowie die in den obigen Beschlüssen vom Bergbau gebrachten Opfer nicht wirkungslos bleiben.

So meldet M. L. B.! Den Unternehmerrhythmus von den „Opfern des Bergbaues“ kann man nicht ernst nehmen. Die Dinge liegen vielmehr so, daß die Grubenpreise angelegt hatten, bei denen der ganzen Industrie und den Städten, die Kohle zur Erzeugung von Gas und Elektrizität brauchen, die Luft ausging. Infolgedessen sitzen die Gruben auf ihren Kohlen fest. Niemand kann sie mehr kaufen und Industrie und Gemeinwesen gehen vor die Hunde. Und mit ihnen der Bergbau! Deshalb bringt er plötzlich „Opfer“. Die Ruffahrt steht in Gefahr, an sich selbst zu verrecken. Daß die Reichsregierung endlich an die Beseitigung der wahnfinigen Kohlensteuer ging, muß ihr als Verdienst angerechnet werden. An sich bleiben die Kohlenpreise noch immer viel zu hoch.

Die Postbeamten im besetzten Gebiet.

Die französische Militärbehörde hat nunmehr dem Personal der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung in den besetzten Gebieten ihre Bedingungen für die Wiedernahme des Dienstes bekanntgegeben. Die Beamten müssen sich in einer Erklärung verpflichten, den Befehlen der Besatzungsbehörde Folge zu leisten und sich ihrer Kontrolle zu unterwerfen.

Das deutsche Personal muß alle Dienst- oder Privattelegramme, gleichviel, ob sie die Ruhr-, die Eisenbahn-, die Zoll- oder Forstverwaltung oder sonstigen Angelegenheiten betreffen, übermitteln. Der deutsche Dienst muß sich allen „Schutzvorkehrungen“ militärischer oder technischer Art unterwerfen und sich namentlich mit der Gegenwart von Wachtposten oder Ueberwachungsorganen abfinden. Jede Änderung an den Einrichtungen muß vorher vom Direktor des internationalen Telegraphendienstes genehmigt werden. Der Zutritt zu gewissen Räumlichkeiten der Beamten ist nur mit Genehmigung der Besatzungsbehörde gestattet.

Deutsches Personal muß auf Verlangen für die militärische Zentrale arbeiten und umfangreiche Einrichtungsarbeiten ausführen. Ueberhaupt muß jede Aenderung des gegenwärtigen Zustandes, wie insbesondere die Aufnahme des Stadt- oder Fernverkehrs, erst von den militärischen Stellen genehmigt und alle Pläne und Anlagen müssen auf Wunsch dem französischen Telegraphendienst übergeben werden.

Von einer glatten Abwicklung der Arbeit wird dann keine Rede sein können.

Deutschnationaler Landesverräter.

Die Deutschnationalen suchen sich bei jeder Gelegenheit als die ausschließlichen Vertreter der Volkswirtschaften hinzustellen. Zahllos sind Beweise dafür geliefert worden, daß sie in Wirklichkeit nichts anderes im Auge führen als das Ziel, schnell wieder zur Macht zu gelangen, ganz gleich, ob das arbeitende Volk dabei zugrunde geht.

Heute können wir einen neuen Beweis für die deutsch-nationale „Vaterlandsliebe“ liefern. Vor wenigen Tagen wurde zwischen der französisch-belgischen Ingenieurkommission und den Rhönig-Verkeuren ein Abkommen über Kohlenlieferungen usw. abgeschlossen, ohne daß die Reichsregierung von der Wichtigkeit auch nur unterrichtet worden wäre. Wie sich jetzt herausstellt, war der Unterhändler für die Rhönig-Verkeuren ein eifriger Befürworter dieses Vertrags der deutschnationalen Generaldirektor Haslachter, ein Mann, der in der Deutschnationalen Partei eine führende Rolle spielt.

Seider sind wir nicht in der Lage, mitzuteilen, wieviel Prozent vom Reingewinn bei diesem antinationalen Geschäft für Haslachter abfallen und welche Summen er davon wieder der Deutschnationalen Partei zur Verfügung stellt.

Wann denkt diese Partei übrigens ihren Namen zu ändern? Zeit wird es, und schon gefallen kann es nicht, da das Volk erkannt hat, welche Gesellschaft sich hinter der Firma „Deutschnational“ verbirgt.

Kleines Feuilleton.

Rachwort zum „Schlaggraber“.

Die neue Oper von Franz Schreker, deren Uraufführung für uns Magdeburger ein ungewöhnliches künstlerisches Ereignis bedeutet, verdient wohl, noch ein gewisses Maß unter die Lupe genommen zu werden.

Sie habe mir die gewöhnliche Auffassung angeeignet und angelehrt, die außer Acht gelassen wurde. Der Versuch ließ zu wünschen übrig, trotzdem die Preise, die sich jetzt für die besten Plätze nach Geldvermögen berechnen lassen, im Verhältnis außerordentlich hoch liegen. Für eine gute Vorstellung muß man sich nicht nur auf die Bühne, sondern auch auf die Logenbank einstellen. In diesem Sinne ist die Aufführung des „Schlaggraber“ vom Opernhaus aus. Es scheint doch ein recht interessantes Spiel zu sein, wie sich auch an der kleinen Fassung des „Schlaggraber“ im Opernhaus zeigen kann.

Schlaggraber ist der Stoff so gut wie die Stoffe. Mit einer Reihe von Szenen, die drei Akteure aus der Oper bringen, die sie sich für den besten Effekt, und selbst diesen noch in der höchsten Reihenfolge, nachdem er oben noch auf der Leiter zum Schluss gekommen ist, um ihn in höchster Spannung, seine Zuhörer, zu fesseln, hat der Komponist das geringste Maß erreicht. In diesem Sinne ist die Aufführung des „Schlaggraber“ vom Opernhaus aus. Es scheint doch ein recht interessantes Spiel zu sein, wie sich auch an der kleinen Fassung des „Schlaggraber“ im Opernhaus zeigen kann.

Der Stoff wird bei Franz Schreker insofern ungewöhnlich gehandhabt, insofern werden die Handlungen in der Form der Oper aufgeführt. Es ist natürlich über ein großes Maß, ja ein hervorragendes Maß hinaus, das in der „Oper“ die Gewöhnung der Zuhörer zum „Schlaggraber“ bringt, in einem Maße, das die Handlung des „Schlaggraber“ am besten zu verstehen zu lassen, und den Wert der Oper in „Schlaggraber“ mit dem Uebermaß an Handlungen zu zeigen, das die Oper zum „Schlaggraber“ für die Opernliebhaber

mehr als kritisch zum Vorbild genommen. Die Reize der Instrumentation klingen sich schnell ab, weil sie allzu häufig wiederkehren, zum Beispiel das Gitarrenspiel der Geigen in den allerhöchsten Tönen, in die Region der zupfenden Grillen. Das macht man gelegentlich einmal, aber nicht ein paar hundertmal. Uebrigens lassen sich die Entwürfe auch dem Orchester mitteilen: die Einführung zum „Schlaggraber“ ging wieder ungewöhnlich nach langem Zögern. Man spielte vorzugen in Handbären gegen Schlaggraber.

Im Gegensatz dazu fanden die Leistungen der Solisten wenig hoch wie in der Generalprobe. Geblers ist ein unruhiger Vogel wie die bedeutendste männliche Gestalt. Der weiche Sänger Eiss kommt mit seiner Stimme in die unruhigsten Höhen des Orchesters, und der Herr ist ein Schicksal. Springer ist sich mit seiner herrlichen Sprechweise, die durch die griechische Sprache nicht mit dem Singen sehr genau. Die Höhe, daß ihre Partie nicht mehr melodische Entwürfe gelöst! Man hat den Eindruck, daß hier ungemein wertvolles Material an eine unruhigere Aufgabe verschwendet wird. Ein solches unruhiges Spiel temperamentvolles und flüchtiges Spiel. Der Mann, der während der Aufführung in geradezu vorbildlicher Weise das Publikum hat sich den besten Akte — verbodnenmet kann man nicht gut sagen — wesentlich verbessert. Aber das rote Kleid, das der andere zum Ende im vierten Akt eine hohe Disposition.

Einige Nebenrollen sind dem Regisseur geblieben. Schultze hat sie in beachtenswerter Weise gelöst. Durch die Beherrschung der Bühne hat die Jenername den notwendigen inneren Charakter erhalten. Die gewöhnliche Meinung von farbigen Szenen werden schon melodische Wirkungen erzielt — es geht, was bei uns so selten ist, wirklich „Düsterbilder“. Gegen die allgemeine Kritik eine doch im gewissen Maße konnte man, wenn sie viel Platz wegnehmen, keine Bedenken haben: der Stil war im Uebermaß durchweg realistisch! Der Akt des dritten, der dem Generalprobe hätte mit der Spielweise identisch sein. Die gewöhnliche Meinung des vierten Aktes war nicht befriedigend gelöst. Ein eigenes Podium für die Höhe der Höhe und Höhe, die Höhen sind die Höhen und Höhe der hohen Aufführung. Wie es bei Schreker keine weniger Unruhigen? Und vermischt es sich mit dem Rest der Oper, daß man mit dem Rücken nach dem Rest? Er steht so dem Schreker gar nicht, dessen fupere Höhe er ist.

Wie es mir haben gut haben. Der Grund ist gering, und es geht, was bei uns so selten ist, wirklich „Düsterbilder“. Gegen die allgemeine Kritik eine doch im gewissen Maße konnte man, wenn sie viel Platz wegnehmen, keine Bedenken haben: der Stil war im Uebermaß durchweg realistisch! Der Akt des dritten, der dem Generalprobe hätte mit der Spielweise identisch sein. Die gewöhnliche Meinung des vierten Aktes war nicht befriedigend gelöst. Ein eigenes Podium für die Höhe der Höhe und Höhe, die Höhen sind die Höhen und Höhe der hohen Aufführung. Wie es bei Schreker keine weniger Unruhigen? Und vermischt es sich mit dem Rest der Oper, daß man mit dem Rücken nach dem Rest? Er steht so dem Schreker gar nicht, dessen fupere Höhe er ist.

Der eingebildete Kranke.

Wie vor einem Vierteljahrhundert, als Molière zum erstenmal seinen „Eingebildeten Kranken“ aufgeführt und wohl selbst spielte, wurde der Anfang der Veranstaltung zeitgemäß durch Lustspielen mit einem Stroh und nicht durch die Glode gegeben. Und dann entrollte sich ein Stück Bürgerleben im Vorfeld der Ludwige, allerdings gesehen durch das satirische Auge des Dichters. Das Publikum der Volksbühne hatte sein helles Vergnügen an der gutmütig-boshafte Kritik Molières an der damaligen Arztzeit. In Ernst Baum hatte die Aufführung einen Träger der Titelrolle, der auch das ganze Stück trug, und in Charlotte Berlow als Dienerin Toinette eine kongeniale Gegenpielerin. Und da auch alle anderen Mitwirkenden auf dem richtigen Platz waren, kam eine ausgezeichnete Vorstellung heraus, die den lebhaften Beifall wohl verdient hatte, der allen Künstlern gezollt wurde.

Konzert.

Hans Weigig gab am Freitag einen Beethoven-Abend in der Stadthalle. Er ist als Beethoven-Spieler schon seit einer Reihe von Jahren bekannt, auch außerhalb hat er sich einen Namen gemacht. Sein Spiel neigte von jeher zum Akademischen, Korrekten mit einer Neigung zum leidenschaftlichen Virtuosen. Diesmal stellte er uns Beethoven als Titanen vor, der aus olympischer Höhe wie ein Sturm herniederfährt und wie ein starkes Reiter sich erlähmt. Daß dieser Weg der alleinige ist, der um Beethovenschen Ideal führt, wird auch der Konzertgeber nicht annehmen, aber es ist auch ein Weg, der auf künstlerische Höhen geleitet. Damit hat Hans Weigig auch den Pfad verlassen, der ihn bisher mit der akademischen Tradition verband, und er steht hart an der Grenze, wo die Stigmierung eines postmodern, ungefügen Beethovens beginnt. Weigig spielte vier bekannte Sonaten von überaus herber Charakter. Der ausverkaufte Saal spendete ihm Beifall, vielen herzlichen Beifall und packte damit seinen pflichtschuldigsten Dank ab, der einem strebenden, ständig wachsenden Künstler zuzustehen.

Theaterkritik. Die Berliner Volksbühne hat Carl Hauptmanns Drama „Der abtrünnige Jax“ herausgebracht. Die Kammerstücke eine Komödie von Hermann Bahr. „Die Kinder“; im Deutschen Theater kam ein in Amerika sehr bekannter Autor, O'Neill, mit dem Dramen „Anna Christie“ zu Berlin. In Hannover hatte der Regisseur Dr. Hans Kiebeder-Gebhard mit der jenseitigen Aufführung des händelschen Oratoriums „Saul“ in der Stadthalle einen beachtenswerten Erfolg. Zum erstenmal ist hier das Oratorium dem Konzertpublikum in seine richtige Umgebung, auf die Bühne, übertragen worden.

Lehrungsstrawalle.

In Söcht, das im Bereich des besetzten Gebiets liegt, hat die Leierung einen Umfang angenommen, wie kaum in einem andern Stadt. Die Gehaltsverhältnisse stehen zu den Preisen der notwendigsten Lebensmittel in keinem Verhältnis mehr. Alle Versuche, hier Ordnung zu schaffen, sind bisher vergeblich geblieben. Am Donnerstag kam es nun zu einer großen Demonstration der Notstandsarbeiter, die eine Abordnung zum Magistrat entsandte und die sofortige Auszahlung eines Lohnvorschlusses von 10 Millionen forderte. Der Magistrat konnte nichts sagen, da das Budget der Stadt durch diese Ausgabe mit 10 Millionen belastet werden würde.

Auch in Wiesbaden demonstrierten die Arbeiter gegen die Leierung. Besonders erobert sind die Arbeiter über die Forderung einiger Geschäftsinhaber, die Frank als Bezahlung verlangen. Die Stadt beabsichtigt, Preiskontrollkommissionen zu bilden.

In Berlin sammelten sich etwa 500 Personen in der Wilhelmshavener Straße. Sie zogen geschlossen nach der Krummstraße, wo ihnen sieben Beamte der Schutzpolizei entgegentraten und sie wiederholt aufforderten, sich zu zerstreuen. Statt der Aufforderung Folge zu leisten, griffen die Demonstranten die Beamten tätlich an, so daß diese in der Notwehr von ihren Seitengewehren Gebrauch machen mußten. Beim Zurückdrängen der Menge wurde eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Zwei Personen sind festgenommen.

In Solingen wurden von der erregten Menge, die die Preise in den Geschäften nicht bezahlen konnte, zwei Läden ausgeplündert. Polizei konnte auch hier am Abend die Ruhe wiederherstellen. Die Menschenmenge zog nach dem Rathaus, um dort zu demonstrieren. Bei den Versuchen, die Ansammlungen zu zerstreuen, machte die Polizei von der Waffe Gebrauch, nachdem sie mit Steinen beworfen worden war. Einige leichte Verletzungen werden gemeldet. Die Demonstranten waren zumeist Jugendliche. Auch in ein Postamt drangen die Aufwiegler ein, wo ein Kriminaloberkommissar vor Aufregung einem Schlaganfall erlag.

Geringe Ansammlungen in Elberfeld, die bis zum Abend nicht zu Ausschreitungen führten, veranlaßten die Matroneiterschaft der Polizei, die jedoch nicht eingriff.

Zu Lebensmittelunruhen kam es auch auf dem Studolf-Wilde-Platz, vor dem Neuen Rathaus, in Schöneberg. Dort ist Dienstags, Freitags und Sonnabends Markt. Am Freitag wurden dort von den Händlern bis zu 35 Millionen für ein Pfund Kartoffeln gefordert. Demontierend waren die übrigen Preise. Diese Summen empörten die Verbraucher. Sie rotteten sich zusammen und plötzlich stürzte eine etwa tausendköpfige Schar über die Stände her und riß sie um. Ehe es aber zu Plünderungen kam, war die Schutzpolizei in großer Stärke zur Stelle und zerstreute die erregte Menge. — Ein ähnlicher Vorfall spielte sich auf dem Steglitzer Güterbahnhof ab. Eine Schar von 700 bis 800 Arbeitslosen versuchte die dort stehenden Eisenbahnwagen mit Kartoffeln zu plündern. Sie wurden von der Schutzpolizei daran gehindert.

Ernährungsfragen im Landtag.

Auf der Tagesordnung am Freitag stand die gemeinsame Beratung einer großen Zahl von Anträgen und Gesuchen, die insofern zum Gegenstand haben die Schwierigkeiten der Ernährungsfrage, die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen, Maßnahmen gegen den Mangel, die Notlage der kriegsbedingten Familien, die Unterstützung des gewerblichen Mittelstandes, die Verhütung von Plünderungen und die Erfassung der Sachwerte.

Abg. Jacoby-Kauff (Ztr.) begründet den Antrag betreffs Mehrezeugung von Stroh im Inland zur wirksamen Steigerung der Getreideerzeugung.

Abg. Mengel (Ztr., dt.-natl.) begründet den Antrag seiner Partei betreffs Erhaltung und Unterstützung des gewerblichen Mittelstandes.

Abg. Schläge (Schönninger, dt.-natl.) begründet den Antrag seiner Partei, wonach sofort Maßnahmen getroffen werden sollen zur Sicherung der durch den Zusammenbruch unserer Währung aufs schwerste gefährdeten Volksernährung. Neben weist die gegen die Landwirtschaft erhobenen Angriffe zurück und beruft sich u. a. darauf, daß die Landwirtschaft beinahe 4000 Waggons Lebensmittel umsonst ins Nahgebiet geliefert habe. Die meisten Landwirte sind heute verarmte Papiermillionäre. (Lachen links.) Der erste Erfolg einer Regierung unter unserer Leitung würde die Wiederkehr des Vertrauens der ganzen Landwirtschaft sein. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Dr. Wenckebach: Ich glaube ja, daß die Herren besser vorbereitet sind als beim Kapp-Putsch. (Lachen rechts.) Das Ministerium, das der Vordemner der Reichspolizei und der preussischen Regierung ausgesprochen hat, werden wir zu tragen wissen. Die brennendste Frage ist die

Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Der Ausfall der Getreideernte gibt die Gewähr, daß wir wenigstens über die nächsten Monate beruhigt sein dürfen. Die Brotgetreideernte wird auf 7,73 Millionen Tonnen geschätzt, also 46,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei den Kartoffeln wird immerhin mit einer guten Mittelernte zu rechnen sein. Für Kreuzen wird das Ergebnis auf 20 Millionen Tonnen geschätzt, so daß selbst wenn man den Verbrauch der Bevölkerung auf 10 bis 12 Millionen Tonnen berechnet, die Ernährung gesichert ist. Im Oktober erfolgt eine Bevorzugung der Speisekartoffeln beim Bahnverkehr. Die Ernährungsfrage ist aber

in weitem Umfang eine Währungsfrage. Auf die Dauer kann der Landwirt sein Getreide gegen emwertetes Geld nicht abgeben, denn er setzt sein Produkt nur einmal im Jahr um. Der Verbrauch der Landwirtschaft an Kreuzungen ist ganz erheblich zurückgegangen. Wenn es den Herren von der Rechten so sehr daran liegt, der Währungsunsicherheit ein Ende zu machen, warum haben dann ihre Freunde im Reichstag gestern die Annahme des Notgesetzes verhindert?

Abg. Frau Goffe (Komm.) fordert die Erfassung der Sachwerte sowie die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter, wozu bewaffnete proletarische Gifstruppen gebildet werden müßten.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) begründet die Große Anfrage seiner Partei über die Verordnungen, welche die Gemeinden zur Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen unter Ausschluß von Handel und Gewerbe ermächtigen. Auf die Große Anfrage der Abg. Dr. Kaufhold und Genossen (dt.-natl.) wegen der

Plünderungen und Brandstiftungen auf dem Lande erwirbt ein Regierungsvertreter, daß gegen die Schuldigen eingeschritten und bereits eine Anzahl von ihnen abgeurteilt sei. Die Regierung werde mit allen polizeilichen Machtmitteln das plündernde Land schützen, es dürfe aber nicht gestattet werden, daß private Organisationen den Schutz des ländlichen Landes übernehmen.

Nachdem Abg. Blauk (Ztr.) einen Antrag auf Entsch. des Handwerks und Mittelstandes begründet hat, folgt die Besprechung familiärer Anträge und Anfragen.

Abg. Buchwitz (Soz.) tritt für die Erwerbslosen ein. Den schamlosen Sabotagemassnahmen des profitwütigen Großkapitals müsse entgegengetreten werden. Wenn auch das Staatsgebäude in allen Fugen krache, so müsse doch dem hungrigen Volke zu Hilfe gekommen werden. Viele, die auf dem Lande geblüht hätten, seien nun vom Hunger hinausgetrieben worden. (Unruhe rechts.) Die Landwirte hätten seit 1914 goldene Tage gehabt. Die heutige Not des Volkes sei ein Werk der der Rechten nahestehenden Kreise. (Sturm. Widerspruch rechts.) Weiterberatung Sonnabend 11 Uhr. —

Ehrhardt außer Verfolgung gesetzt?

Wie die „Weiße Fahne“, das „Kampfblatt der Nationalsozialisten in Nürnberg“, mit Genehmigung selbst, hat der Generalstaatskommissar von Bayern, Herr v. Kahr, „endlich das getan, was zu tun seit jeder Ehrenpflicht jeder bayerischen Regierung hätte sein müssen: Er hat Ehrhardt für das bayerische Gebiet außer Verfolgung gesetzt“.

Die Reichsregierung muß über diese ungeheuerliche Mitteilung Klarheit schaffen.

Und zwar sofort! —

Dollar Amtl. Notiz vom Freitag 3 990 000 000, Sonnabend mittag, nicht amtlich 5400000000

Gegen die Unternehmerdiktatur.

Die Erzeugnisse, die sich die Arbeitnehmer bisher erkämpft haben, verdanken sie ihren Organisationen, die diese Rechte den Unternehmern in zähem Ringen Stück für Stück abgetrotzt haben. Bei allen Gesetzen und Verordnungen, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen erweiterten und den Grund zu einer Demokratisierung der Wirtschaft legten, sind die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien auf den erbitterten Widerstand der Unternehmer gestoßen. Alle Bestimmungen, die dem Schutze der Arbeitnehmer gegen willkürliche Entlassungen dienen, und die freie eigenständige Verfügung der Unternehmer über die Fabriken, die Arbeitsstätten der Beschäftigten einzuschränken, mußten gegen die autoritären Gelüste der Industriekapitale durchgesetzt werden.

Sieht zeigen diese mächtigsten und einflussreichsten Unternehmer durch ihr Auftreten erneut, daß sie den Geist der neuen Zeit nicht erfassen haben. Sie wollen Herr im Hause sein, wie sie es vor dem Kriege waren. Sie wollen die Wirtschaft ausschließlich nach eigenem Ermessen führen, ohne dem Staate, der Volksgemeinschaft, Nechenschaft schuldig zu sein über ihr Tun und Lassen. Die menschliche Arbeitskraft soll keine andre Geltung haben dürfen wie die andern Elemente der Produktionskosten. Sie ist für diesen Teil der Unternehmer nur ein Objekt der Kalkulation, wie ihre Werkzeuge und Maschinen, und sie haben kein andres Interesse an ihr, als daß sie billig und willig ist.

Die Arbeitskraft ist das einzige Kapital der Arbeitnehmer. Sie müssen deshalb darauf bestehen, durch ihre eigenen Organisationen, durch die Gewerkschaften mitzubestimmen, für welche Zeit und um welchen Preis sie dieses Kapital in den Dienst der Wirtschaft stellen. Nur dann werden sie es mit ganzem Herzen tun, wenn die Wirtschaft nicht ausschließlich zum Zwecke der Bereicherung und Machterweiterung bevorrechteter Gruppen betrieben wird, sondern zum Nutzen und im Interesse der Volksgemeinschaft. Ihnen liegt nichts daran, daß der einzelne profitiert. Sie wollen, daß das Volksganze gedeiht. Sie wollen, daß die Wirtschaft dem Zwecke der Volksgemeinschaft untergeordnet wird. Die Arbeitskraft ist ein der höchsten Güter der Nation. Von ihrer Erhaltung und Vermehrung hängt die Zukunft des Volkes ab. Die Gewerkschaften können und werden deshalb nicht dulden, daß dieses Nationalgut willkürlichster Ausbeutung schutzlos preisgegeben wird. Der katastrophale Währungsverfall, der nicht zum wenigsten durch die

Schutz der führenden Wirtschaftskreise herbeigeführt worden ist, hat auch die Finanzkraft der Gewerkschaften geschwächt. Deshalb glauben diese Unternehmerkreise, daß sie nun mühelos den Widerstand der Gewerkschaften abtun können; sie geben sich der Täuschung hin, daß die Kraft des werktätigen Volkes gebrochen und die Stunde gekommen sei, sich über die verblühten Rechte der Arbeitnehmer hinwegzusetzen.

Aber sie haben die Rechnung ohne die Arbeitnehmer gemacht. So stehen die Dinge in Deutschland nicht, daß eine Handvoll Grundbesitzer sich erdreisten dürfte, den Bergarbeitern willkürlich die Bedingungen zu diktieren, unter denen sie arbeiten sollen. Die Bergarbeiter

sind gewillt, Leberstunden zu leisten, wenn das Lebensinteresse der Nation es erfordert. Sie haben bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen, daß sie bereitwillig Opfer für das Wohl des Volkes bringen, mehr als jene Unternehmer, die jahraus, jahrein das Reich als den Feind ihrer Interessen behandelt haben.

Diese Schichten glauben, gestützt auf die rechtsradikalen Regionen und auf jene Kreise der Landwirtschaft, die ihre vollen Schwestern dem hungernden Volke verschließen, den rücksichtslosen Klassenkampf gegen die Arbeitnehmer führen zu können. Sie spekulieren auf das wachsende Heer der Arbeitslosen, sie rechnen mit der politischen Zerrissenheit der Arbeitnehmerkreise. Aber diese Pläne, zu deren Verwirklichung der bayerische Diktator und die Grundbesitzer das Signal gegeben haben,

werden und müssen aufgehoben werden. In ihrer Verblendung haben die Vorkämpfer der schafflichen und politischen Reaktion selbst die Karole umschrieben und als je zuber. Um das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft gibt es kein Markten, kein Feilschen. Dieses Grundrecht der Arbeit, diese Anfangsberechtigungen ihrer Freiheit wird sich die Arbeitnehmer nicht entziehen lassen.

Die Gewerkschaften sind bereit zu diesem Kampfe. Sie wissen, daß sie die gesamte Arbeitnehmererschaft, ohne Unterschied der Partei, hinter sich haben. Um in ihren Organisationen zusammengeschlossenen Arbeiter, stellten und Beamten werden zu Opfern und Enbehrungen bereit sein — trotz allen Glanz, wenn dieser Kampf ihnen aufgezwungen wird. Und es wird sich zeigen, daß ihre kampfbereiten Scharen weder den Gläubigen an ihre großen Ziele noch den Mut zur Tat verloren haben, wenn es gilt, das Neufertige abzuwehren: ihre Entrechtung durch die Unternehmer.

Die Feinde der Arbeiterbewegung seien gewarnt. Die Gewerkschaften werden nicht zögern, die ganze Macht der vereinigten Arbeitnehmererschaft aufzubieten, um jeden Versuch zu vereiteln, auf dem Wege des politischen Umsturzes und der wirtschaftlichen Diktatur die alten Herrenrechte wieder in Kraft zu setzen, die das deutsche Proletariat in unbergehligen Kämpfen ein für allemal beseitigt hat.

Berlin, den 12. Oktober 1923.

- Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund: Leipzig
- Allgemeiner freier Angestelltenbund: G. H.
- Allgemeiner deutscher Beamtenbund: Falkenberg.

Notizen.

Vorbereitungen für die Reichstagswahlen. In Anbetracht der drohenden Reichstagsauflösung hat der Reichsminister des Innern bereits Anweisung gegeben, die notwendigen technischen Vorbereitungen für die Ausschreibung der Wahlen zu treffen. Falls der Reichspräsident gezwungen ist, den Reichstag aufzulösen, sollen die Wahlen, falls die Möglichkeit dazu noch besteht, am dem spätesten zulässigen Termin, dem 9. Dezember, stattfinden. —

Vertagung des Landtags bis 27. November. Der Vorkonvent des Landtags beschloß, daß der Landtag sich von Sonnabend den 18. Oktober bis zum 27. November vertagen soll. Widerspruch erhoben die Kommunisten und die Deutschnationalen. Von deutschnationaler (1) Seite wurde darauf hingewiesen, daß das Parlament sich in der gegenwärtigen Zeit nicht ausschalten dürfe, und daß es nicht gehe, die Opposition auf so lange Zeit hin mundtot zu machen. —

Lehrungsauflage für die Beamten. Der Haushaltsausschuß des Reichstags stimmte einstimmig der erneuten Anpassung der Beamtengehälter usw. an die neuerliche Geldentwertung für die zweite Woche des Monats Oktober zu. Für diesen Zeitraum soll noch einmal das Dreifache des bisherigen Lehrungsauflages und am 18. Oktober für die dritte Oktoberwoche als Lehrungsauflage noch einmal das Monatsgehalt ausgezahlt werden. —

Löhne der Bergarbeiter. Amtlich wird mitgeteilt: Für die Lohnwoche vom 8. bis 15. Oktober haben die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Kohlenbergbaues folgende Löhne vereinbart: Der Durchschnittstariflohn einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes im Ruhrkohlenbergbau beträgt 1406 160 000 Mark, für den obersteilischen Kohlenbergbau 903 000 000 Mark, den sächsischen Steinkohlenbergbau 842 000 000 Mark und für die Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks 790 985 000 Mark je Schicht. —

Der Zivilkommissar für Sachsen. Der Reichswehrminister wird in Uebereinstimmung mit dem Minister des Innern den sächsischen Reichstagsabgeordneten Genossen Meier (Zwickau) zum Zivilkommissar für Sachsen ernennen. —

Schwarze Reichswehr in Leipzig. Schwere Vorwürfe über Ausrüstung schwarzer Reichswehr in Leipzig erhob der kommunistische Abgeordnete Siebers in der letzten Sitzung des sächsischen Landtags. Sie werden von militärischer Seite nicht als unwahr, sondern nur als „irrtümlich“ bezeichnet. In Leipzig seien Neueinteilungen bei der Reichswehr erfolgt, aber im Rahmen des etatmäßigen Mannschaftsbestandes. —

Depeschen.

Das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Bb. Berlin, 13. Oktober, mittags 2 Uhr. Der Reichstag hat das Ermächtigungsgesetz mit 316 Stimmen angenommen, 24 Abgeordnete stimmten dagegen, 7 enthielten sich der Stimme. Die Opposition war nicht im Saale. —

Plünderungen von Geschäftslokalen.

Bb. Düsseldorf, 13. Oktober. Gestern abend kam es hier an verschiedenen Stellen zu Plünderungen. Gegen 9 Uhr wurden auf der Kölner Straße verschiedene Geschäfte, vornehmlich Schuh-, Konfektions- und Lebensmittelgeschäfte, nach Einschlagen der Fensterscheiben geplündert. Allenfalls sah man Leute mit Schuhen, Kleidungsstücken und Lebensmitteln eilig davonlaufen.

Das war das Signal für die andern Stadtteile, ebenfalls zum Plündern zu schreiten. So wurde in der Südebrandystraße eine Lebensmittelgroßhandlung geplündert, wobei die Plünderer die Waren in d. Weise wegtrugen.

Ein genaues Bild über die Größe der Ausschreitungen läßt sich zurzeit noch nicht geben, da der Belagerungszustand es unmöglich macht, nähere Erhebungen einzuziehen. Ob die Fremden eingeschritten sind, hat sich noch nicht feststellen lassen. Wenn nicht der Belagerungszustand das Weiteren der Straßen nach 10 Uhr abends verhinderte, wäre es wohl zu viel müßtern Ausschreitungen gekommen.

Die Polizei, und namentlich die grüne Polizei, erntet sich als viel zu schwach, um dem Treiben Einhalt zu gebieten. Sie konnte sich heute in den frühen Morgenstunden nur darauf beschränken, an einzelnen geplünderten Geschäften Posten aufzustellen, um weitere Plünderungen zu verhindern. (Siehe den Artikel „Lehrungsstrawalle“. Red.) —

Es wäscht bleicht und desinfiziert gleichzeitig. PERSIL das unübertriffene Waschmittel. Du sparst damit und schonst die Wäsche!

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. Oktober 1923.

Das Brot.

Eine Weiterführung der öffentlichen Brotversorgung gibt es nicht. W. L. W. verbreitet diese Meinung:

Der aus der Mitte des Reichstags geäußerte Wunsch, mit Rücksicht auf die plötzliche große Geldentwertung die Markenbrotversorgung über den 15. Oktober hinaus noch einige Zeit fortzuführen, ist aus technischen und wirtschaftlichen Gründen, insbesondere im Hinblick auf den großen Umfang des Personalkreises, leider gänzlich unerfüllbar.

Für die Sozial- und Kleinrentner sollen die am 15. Oktober fälligen Halbmonatsbezüge nach der neuesten Reichsrichtzahl berechnet und dadurch erhöht werden. Außerdem erhalten die Sozial- und Kleinrentner am 22. Oktober bei fortgeschrittener Leistung eine weitere Zwischenzahlung.

Die Verbraucher, die nicht unter diese Ausnahmeregelungen fallen, haben nun das freie Brot und auch — den freien Preis. Von der städtischen Preissetelle werden folgende Preise bekanntgegeben: Der Richtpreis für ein 2000-Gramm-Brot beträgt ab Montag den 15. Oktober 415 000 000 Mark, für eine Bregel (Wasserjennmel) 26 000 000 Mark und für eine Schrippe 13 000 000 Mark.

Brotgetreide wird verköllert.

Es ist festgestellt, daß Brotgetreide in großem Umfang verköllert wird. Die Verköllertung von Brotgetreide und daraus hergestelltem Mehl und die Herstellung von Futtermitteln aus solchen Brotgetreide und Mehl ist gesetzlich verboten.

Steuerabzug in der dritten Oktoberwoche.

Im Reichsfinanzministerium ist nunmehr die Verhältniszahl für die dritte Oktoberwoche (14. bis 20. 10.) ermittelt worden, mit der die Ermäßigungsätze beim Steuerabzug, die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung waren, zu vervielfachen sind.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes 'Mann und Frau je', 'für jedes minderjährige Kind', 'zur Abgeltung der Werbungskosten'.

Wie die Erhöhung dieser Ermäßigungsbeträge wirkt, zeigt folgendes Beispiel:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Ein verheirateter Holzarbeiter mit zwei minderjährigen Kindern', 'Lohn von', 'der 10prozentige Abzug hieron beträgt', 'Wäre man bei dem Ermäßigungs-multiplikator von 22 geblieben, so wären hieron nur abzugziehen', 'so daß der Holzarbeiter an Lohnsteuer zu zahlen hätte', 'was einer steuerlichen Belastung von 7,8 Proz. entspräche'.

Bei dem auf 32 erhöhten Multiplikator ergibt sich aber folgendes Bild: 10 Prozent Abzug M. 400 000 000 Davon bleiben folgende Beträge unerhoben: Existenzminimum für Mann und Frau 11 059 200 Ermäßigung für 2 minderjähr. Kinder 73 728 000 zur Abgeltung der Werbungskosten . 46 080 000 zusammen M. 130 867 200 so daß an Lohnsteuer zu zahlen bleiben M. 269 132 800 oder 6,6 Prozent des Wochenlohns.

Durch die weitere Erhöhung des Multiplikators zahlt der Holzarbeiter also 1,2 Prozent Lohnsteuer weniger, als er nach der bisherigen Methode zu zahlen gehabt hätte. Diese Erleichterung ist ein Erfolg der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Vorstandsitzung am Mittwoch den 17. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Bureau.

Frauen-Mitglieder-Verammlung am Donnerstag den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Eduard Holz, Lichtertrugstraße 22. Die Landtagsabgeordnete Christmann (Wormen) spricht über 'Die politische Lage'.

Erklärung.

Wir haben die Verbindung mit unserm bisherigen Vorkostenposten Herrn Otto Ribbert, wohnhaft Annastraße 31, gelöst. Herr Ribbert ist nicht berechtigt, für uns Aufträge entgegenzunehmen oder Gebühre einzuziehen.

Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Gr. Münzstr. 3.

Der neue Gas- und Strompreis. In der Sonntagsnummer haben wir eine Bekanntmachung der Licht- und Wasserwerke gebracht, in der mitgeteilt wurde, daß die Preise für Gas und Strom berechnet werden auf der Grundlage der Kohlenpreise. Ein Kubikmeter Gas gleich 4 Kilogramm Steinkohle frei Ofenhaus, eine Kilowattstunde Strom gleich 15 Kilogramm Kohlen frei Kesselhaus.

Die 'T-Mark'. Mit Wirkung ab 15. Oktober wird das gesamte Bankgewerbe, und zwar sowohl private als auch staatliche Geldinstitute, insbesondere auch die Reichsbank, eine Umstellung auf die sogenannte T-Mark vornehmen. Die neue Mark hat allerdings nichts mit der geplanten Goldwährung zu tun, sondern ist lediglich der tausendfache Betrag der alten Papiermark, d. h. 1 000 Mark gleich 1 T-Mark.

Die Magdeburger Beamtenhochschule hat in diesen Tagen ihre 8. Vortragsfolge herausgebracht, die uns vorliegt. Die Eröffnungssitzung findet Freitag den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Augustaschule, Büttmannstraße, statt.

eine Abhandlung über Geschichte und Beamtenrecht auf dem Programm. Zu den Kursen werden Beamte und Beamtinnen zugelassen. Gebotenen Vorlesungen folgen können. Einzeichnungsschlüssel sind bei den Vorständen sämtlicher Fachgewerkschaften der Beamten und bei dem Kassierer der Kurse, Magistratsinspektor Michael, altes Rathaus, 2. Stockwerk, Zimmer 32, zu haben.

Veranstaltungen der Berufsvereine. Die Vorträge beginnen abends 7 1/2 Uhr im König-Wilhelm-Gymnasium, Falkenbergstraße 10, und in der Kunstgewerkschule, Brandenburger Straße 9. Der Eintritt ist für Schüler, Schülerinnen und Eltern frei.

Steuern nach dem Goldwert. Bei unplanmäßiger Erhöhung der Vorauszahlungen zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer oder der Abgaben-Auflage betrug bisher der Zuschlag das Vierfache des Rückstandes für jeden angefangenen halben Monat.

Lehrungsverhandlungen für Behördenangestellte. Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, ist durch Verhandlung mit der Reichsregierung folgendes Gesamtergebnis für die Behördenangestellten erzielt worden: Um die Not, die durch die letzte Preissteigerung herbeigeführt worden ist, zu beheben, wurde vereinbart, daß am 13. Oktober das Fache des Betrags gezahlt wird, der bereits am 11. zur Auszahlung kam.

Gehaltsregelung in der chemischen Industrie. Wie uns die Bezirksfachgruppe Chemie des Afa-Bundes mitteilt, werden an die Angestellten in der chemischen Industrie in der Zeit vom 1. bis 13. Oktober 36,84 Augustgehälter gezahlt.

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter. Die Schiedssprüche für die Brau-, Mühlen- und Spiritus-Industrie vom 12. Oktober sind von den Arbeitgebern angenommen.

Zum Zirkusgastspiel. Die Blumenfelder sind in ihrem Gebäude eingezogen und werden am Mittwoch ihr diesjähriges Gastspiel eröffnen. Die besten Vertreter aus artistischem Gebiete sind auch in diesem Jahre für Magdeburg verpflichtet.

Unfall. Am Sonntag nachmittags stürzte der Kaufmann Karl E. Säuberger Straße 40 wohnhaft, auf der Warleber Chaussee von seinem Motorrad und erlitt außer einer schweren Kopfverletzung eine Gehirnerschütterung.

Das Fräulein von Scuderi.

Erzählung von E. L. A. Hoffmann. (9. Fortsetzung.)

In der Tat konnte sich die Scuderi von der Schuld des jungen Menschen nicht überzeugen. Alles sprach wider ihn, ja, im Richter in der Welt hätte anders gehandelt wie die Regine, bei solch entscheidenden Tatsachen.

Sie gedachte, sich von Olivier noch einmal alles, was es sich in jener verhängnisvollen Nacht begeben, erzählen zu lassen, und jubelnd möglich in ein Geheimnis zu dringen, das vielleicht den Richtern verschlossen geblieben, weil es wertlos schien, sich weiter darum zu kümmern.

In der Conciergerie angekommen, führte man die Scuderi in ein großes, helles Gemach. Nicht lange darauf vernahm sie Rethengeraffel. Olivier Bruffon wurde gebracht. Doch wie er in die Tür trat, sank auch die Scuderi ohnmächtig nieder. Als sie sich erholt hatte, war Olivier verschwunden.

Fügen. Die Himmelskugeln, ein Engel Gottes hat sie nicht kreuzer, zu ihr emporgeschaut, die Hände vor der wallenden Brust aufeinandergeklappt, jammerte und flehte sie laut um Hilfe und Trost.

Ganz zerrissen im Innern, entzweit mit allem Irdischen, wünschte die Scuderi, nicht mehr in einer Welt voll höllischen Truges zu leben. Sie klagte das Verhängnis an, das in bitterem Hohn ihr so viele Jahre vergönnt, ihren Glauben an Tugend und Treue zu stärken, nun in ihrem Alter das schöne Bild vernichte, daß ihr im Leben geleuchtet.

Sie vernahm, wie die Martinière Mabelon fortbrachte, die leise feufzte und jammerte: Ach! — auch sie — auch sie haben die Grausamen befür. — Ich Glende — armer, unglücklicher Olivier! — Die Lüne drangen der Scuderi ins Herz, und aufs neue regte sich aus dem tiefsten Innern heraus die Ahnung eines Geheimnisses, der Glaube an Oliviers Unschuld. Bedrängt von den widersprechendsten Gefühlen, ganz außer sich, rief die Scuderi: Welcher Geist der Hölle hat mich in die entsetzliche Geschichte verwickelt, die mich das Leben kosten wird!

bei Christus und allen Heiligen, daß er an dem Morde Cardillas ganz unschuldig sei, wiewohl er den Tod gern leiden wolle, den er verdient habe. Bemerk, mein Fräulein, daß der letzte Zusatz offenbar auf andre Verbrechen deutet, die auf ihn lasten. Doch vergebens ist alle Mühe, nur ein Wort weiter heranzubringen, selbst die Drohung mit der Tortur hat nichts gefruchtet.

Die Scuderi sah tief sinnend vor sich nieder. Es war ihr, als müße sie der höhern Macht gehorchen, die den Ausschlag irgendeines entsetzlichen Geheimnisses von ihr verlange, als könne sie sich nicht mehr den wunderbaren Verschlingungen entziehen, in die sie willenlos geraten. Plötzlich entschlossen, sagte sie mit Würde: Gott wird mir Rettung und Standhaftigkeit geben; führt den Bruffon her, ich will ihn sprechen. So wie damals, als Bruffon das Kästchen brachte, wurde um Mitternacht an die Haustür der Scuderi gepocht. Baptiste, von dem nächtlichen Besuch unterrichtet, öffnete. Ein alter Schauer überließ die Scuderi, als sie an den leisen Tritten, an dem dumpfen Gemurmel wahrnahm, daß die Wächter, die den Bruffon gebracht, sich in den Gängen des Hauses verteilten.

(Fortsetzung folgt.)

